

Einig im Haß.

Deutschnationale und Kommunisten höhnen über die Republik.

Immer wieder erlebt man es in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, daß Deutschnationale und Kommunisten gemeinsame Sache machen, wenn es gegen die Republik geht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung überwies die Versammlung auf Vorschlag des Vizepräsidenten die umfangreiche Vorlage (24 Schreibmaschinenteile) über die

Dauer-Bauausstellung 1930

ohne Debatte dem Haushaltsausschuß. Die Kommunisten erhoben durch den Stadtverordneten Gabel Einspruch gegen die Dringlichkeit, der Protest scheiterte aber an der Einsicht der übrigen Fraktionen.

Eine lebhafteste Debatte ergab sich dann bei der Beratung einer Vorlage, die 110.000 Mark für die Fertigstellung der Bauten auf dem Zentral-Spiel- und Sportplatz in Lichterfelde vorsieht.

Erbauung im 10. Jahre der deutschen Republik.

Dieser im Ausschuss angenommene Antrag gab die Veranlassung zu einer ausgebreiteten und heftigen Aussprache. Der Volksparteier Schwarz sprach davon, daß die Inschrift eine Umrahmung erhalten wird, an der die Inschrift keine Freude haben werden.

Kapitalisten sei die Parole im Staate: Profit über alles! Lange polemisierte denn ausschließlich gegen die Sozialdemokratie.

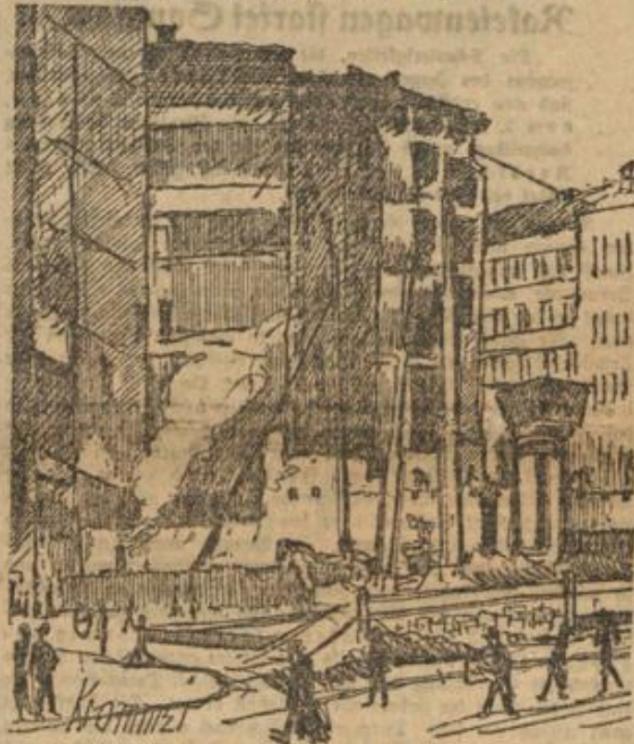
Von dem Demokraten Merlen wurde der deutschnationale Redner ganz gehörig abgeföhrt. Er beschimpfte ihn, daß er sich in liebevollster Gefinnungsgemeinschaft mit Herrn Lange befindet.

als ob er die Stadtverordnetenversammlung mit dem Kaiserhof verwechsle.

Sodennfalls sei das Austraten des Herrn mit Bildung und gesellschaftlichem Umgang unvereinbar. Ehe von solchen Dingen gesprochen wird, soll man sich gefälligst staatsbürgerlich und historisch mit der Materie befassen.

Die Errichtung einer „Jungen Operabühne“ brachte eine längere Aussprache. Genosse Flatau sagte sich für die Vorlage ein, während die Kommunisten Hofmann-Gewinner die Mittel ablehnte.

Eine häßliche Ecke.



Die ewige Hausruine am Bahnhof Kottbusser Tor.

Oper in Schutz. Intendant und Generalmusikdirektor hätten ihr Möglichstes getan um die Oper auf die vorhandene Höhe zu bringen. Die Ueberfreitungen des Etats seien in der Hauptsache auf die Erhöhung der Gehälter gerade der niedrig Befohlenen zurückzuführen.

Das Minderwertigkeitsgefühl.

Ein Jahr Gefängnis für die unglückliche Kassiererin.

Das Landgericht III verurteilte die Kassiererin H. wegen fortgesetzter Unterschlagung und fahrlässiger Brandstiftung zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Unterbringungshaft.

Wie ein Häufchen Unglück sah gestern die angeklagte Kassiererin vor ihren Richtern; blaß, hager mit stark leidendem Ausdruck im Gesicht, sich immer wieder die Tränen trocknend.

Der Tote am Nordhafen — ein Selbstmörder. Im Laufe des gestrigen Tages konnte der Mann, der mit einer Schußwunde in der Stirn an der Sellastraße aufgefunden wurde, einwandfrei festgestellt werden als der Führer der Schinischer aus der Reuen Hofstraße.

40) Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brüg.

Copyright 1927 by J. M. Spaeth Verlag, Berlin.

Er geht voran und wir folgen ihm bekommen wie einem Arzt ins Sprechzimmer. Es geht über Höfe und an einem Zelt vorbei, aus dem elegante Lederkoffer herausschauen wie unbehagliche Instrumente.

Ihr müßt wissen, Brot haben wir auch nicht übrig, aber ich werde schauen, ob noch Linsensuppe da ist. Ihr eßt doch Linsensuppe?

Vor uns auf der Tischplatte steht eine irdene Schüssel, die mit warmer und guter Linsensuppe gefüllt ist, dazu zwei weiße Teller und zwei laubere Löffel. Wir essen, Elbogen an Elbogen, ohne die kleinen Linien zu zählen und machen uns weiter keine Gedanken.

Es ist ein Herd im Zimmer, an dem der Trainsoldat auf seine ruhige Art herumhantiert, ohne uns zu beachten. Nur einmal redet er kühn sein Feuerloch an mit den Worten:

„Ihr braucht aber nichts übrigzulassen, ihr zwei.“ Dieser Mahnung bedarf es nicht, denn wir lächeln uns an füllen zum dritten- und zum viertenmal die Teller. Danach bin ich satt. Albering nimmt noch einen Linsenteller, den er mit dem Geflüster beendet:

„So, Suhren, das wäre getan — nun laß sie nur kommen.“

„Jetzt wollen wir uns schön bedanken“, sage ich leise. Wir stehen auf, und Albering fragt:

„Wir wissen nicht, wie man Sie anbietet, welchen Rang Sie bekleiden.“

Der Trainsoldat dreht sich her und lächelt: „Soldat wie ihr, Kameraden.“

Ich sage:

„Wir hatten sehr Hunger — da haben Sie uns im rechten Augenblick gespeist.“

Albering drängt: „Gehen wir, der Herr hat zu tun, es warten noch andere Häuser. Wir sind außerordentlich satt, können nicht mehr, allerbesten Dank.“

Der Trainsoldat sagt zögernd und ernst: „Wollt ihr gehen? Und habt noch etwas in der Schüssel gelassen? Nehmt den Rest doch mit, ich werde ihn euch in eine Dose füllen.“

Er tut es, und wir ziehen still mit der gefüllten Dose ab, die ich im Arm trage. Albering, dem der helle Fisch mit der trüblich gelben Schwanzflosse aus der Tasse sieht, voran. Je weiter wir uns von dem Hause entfernen, desto mehr beschleunigt er die Schritte.

„Das uns das passieren mußte!“ schreit der Kamerad, „und das Schönste ist, daß es uns nicht einmal zusteht. Hat einer schon jemals gehört: Linsensuppe, das sogenannte rote Gericht, schon in der Bibel gepriesen — und Teller auf Teller, soviel du lassen kannst!“

„Man könnte mich todschlagen.“ schreie ich, „ich bräute nicht mehr hinunter — so satt bin ich.“

„Satt wie ein Walross, kann nicht mal mehr laufen. Laß uns ein wenig stehenbleiben, sonst mit den Pott geben.“

Er nimmt ihn wie ein kleines Kind an seine Brust, und hinter ihm leuchtet das ungeheure Rot der Mohnfelder zwischen den Bäumen auf. Wir ist, als möchte ich in diesem Bunde ewig wohnen. Ein Wind bewegt die Wipfel. Neben uns am Strauch hat sich ein kleiner Raubvogel wie eine Lugetige Frucht aufgehängt und schnellst sich auf und nieder.

„Am Ernst.“ grübelt mein Kamerad, „kannst du nicht mehr? — Ich auch nicht. Was machen wir mit dem Pott?“

„Wir können ihn nicht mit zur Brücke nehmen“, meine ich. „Sie schlagen einen Tot. Wir wollen ihn hier unter den Busch stellen, da findet ihn niemand. Wenn wir da unten fertig sind, holen wir ihn. Das rote Gericht schmeckt einem auch aufgewärmt. Werden alles alle aufessen, he?“

Ich finde es vernünftig. Wir bedecken die Dose mit

Zweigen und laufen zur Brücke hinunter. Gerade kommen wir noch zurecht, um mit anzupacken, als die Rofa mit Hurra aus dem Sumpf gezogen wird. Die Pferde stehen glitzernd da. Die Soldaten zerstreuen sich. Albering geht zurück, die Dose zu holen. Ich bleibe neben der Brücke im Gras liegen — das ist ein schöner Tag.

Nach einer Weile kehrt mein Kamerad mit verstörtem Gesicht zurück. Er erzählt, daß die Dose umgekippt ist; er hat sie dort gelassen.

„Bon selber?“ entfährt es mir, und ich stehe auf.

„Bon selber, du Affel!“ höhnt Albering. „Los, wir gehen. Bon selber — sagt der Mensch. Der Teufel war es oder vielleicht ein anderer. Oder meinst du, ich habe sie ausgegossen? He?“

„Unsan!“

„Dann werde ich nämlich grob, Kollege, denn ich bin so satt wie ein Walross. Außerdem — na und so weiter.“

Wir schreiten hastig aus, um nach Luftschloß ins Quartier zu kommen. Mein Kamerad macht ein bissiges Gesicht und schweigt sich aus. Bei der Weibstuhlhüte holen wir Pfeifer ein, der seine torfeligen Beine unseren getrockneten anzupassen sucht. Der Himmel ist nun rot wie die Erde.

Mag, redselig vor Hunger, predigt: „Een elennig Land is dat. Elennig als een Karthoff. Rarns waht wal. Wenn en denkt, en hett wal, un liakt to, so hett en nix. Een elennig Land, Kamrod.“

Und wor kümmt dat van? — Urjak? will ich seggen. — Wat is de Urjak? — Dat will ich di seggen. Kamrod, dat is de Kohldamp van all de Lue. Dar kann sid numms nich mehr tosamensaten. Es geht all denksüßen Patt.

Un de Patt? Wat is mit den Patt? — De is to lang — dat segg ich. Bi sünn to wiet. Un den Patt künn männigeen sien dusend Zigaretts roken. Un denn is noch nien Ean.

Un wor sünn wi? — In Rusland. Dat is een wief-lufftig Land, dar geht männigeen sien Patt nich retur. De Patt is to lang und dat Water künn nich achternah. Se seggt Geduld un meent Kohldamp. Dat segg ich.

Un denn denk ich jümmer an dat gode Aeten to hus. Eit een Dag grote Bohnen in Melk. Dar sünn ich wiet um lopen un drukt doch man blot in Roders Koll to gahn. Na Roder, wat gifst denn vandag? segg ich. Bohnen, min Jung — segg le und häd een gleunig Gesicht. So — segg ich. Un ich targ ehr un segg: Mit Water? — Nö, dat was nich mit Water, Kamrod, dat was mit Meil.“

(Fortsetzung folgt.)



Die
Lohn
Erleichter
für untern
Weil
Verl

**Wir beide sind
fein raus!**

Neue, totschicke, mol-
lige Winter-Mäntel —
einen fächtigen Batzen
dabei gespart — —

allerhand Geld übrig
für Weihnachten — —

Glücklich!!

Sind Sie neidisch? — —

Aber nicht doch! — —
Sie können's doch ge-
nau so gut haben —

Einen modernen Win-
ter-Mantel in der schö-
nen zweireihigen, brei-
ten Ullsterform mit
Rund- oder Rücken-
gurt, natürlich in ei-
nem in sich karierten
Stoff, dem auch die
schöne Abseite nicht
fehlt, in guter Pa-
form — ein Mantel,
in dem Sie sich wohl
und behaglich füh-
len werden, bekommen
Sie bei uns schon ab

19⁷⁵

Der moderne fesche
Velours-Mantel
in der geschwellten
Modellform, mit
Opossum-Plüsch
reich verbrämt (hoch-
stehender Rollkra-
gen, hohe Stulpen);
ganz auf Damassee
nur **26⁵⁰**

GEHEN SIE

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexan-terplatz



Nachdruck von Wort
und Bild verboten!

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Freitag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Die Versorgung der Kriegsopter.

Zahlen, die den Krieg anlagen.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag eine Uebersicht über die Ergebnisse der Zählung der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen vom Mai 1928 zugehen lassen. Rentenberechtigte Beschädigte waren danach im Mai 1928 vorhanden 761 294 gegen 736 867 im Oktober 1926 und 720 931 im Oktober 1924. Es ist also eine dauernde Steigerung eingetreten.

Ueber die weitere Entwicklung, so heißt es in der Denkschrift, ist sich Sicheres schwer sagen. Nach den Berichten der Hauptversorgungsämter lagen am 30. September 1928 insgesamt 12 826 unerledigte Anträge von Beschädigten auf Bewilligung, Wiebergewährung und Erhöhung der Rente vor. Auf den Fall muß im Rechnungsjahr 1928 mit einem weit höheren Zustrom als bisher gerechnet werden, zumal die Zahl der Abgänge gerade in diesem Jahre außerordentlich gering war.

Vor dem Jahre 1920 dürfte mit einem Stillstand der Aufwärtsbewegung kaum zu rechnen sein. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kapitulanten ist ebenfalls, und zwar wider Erwartung, gestiegen. Es erhielten Versorgung 58 917 Kapitulanten im Mai 1928 gegenüber 55 276 im Oktober 1926 und 50 422 im Oktober 1924. Der Durchschnittsatz der Minderung der Erwerbsfähigkeit betrug im Mai 1928 47 Proz. gegenüber 46,8 Proz. im Oktober 1926 und 46,3 Proz. im Oktober 1924.

Bei den Hinterbliebenen ergibt sich kein einheitliches Bild. Die Zahl der Witwen hat leicht abgenommen, während andere Zahlen gestiegen sind. Die Zahl der Witwen betrug im Mai 1928 560 660 gegenüber 561 094 im Oktober 1926 und 564 950 im Oktober 1924. Die Zahl der Hinterbliebenen insgesamt betrug im Mai 1928 1 430 761 gegenüber 1 514 180 im Oktober 1926 und 1 507 125 im Oktober 1924.

Ueber die finanzielle Auswirkung sagt die Denkschrift, daß die Ersparnisse augenblicklich noch sehr gering sind. Inwieweit ergebe sich bei einem Vergleich des Standes vom Oktober 1926 und dem Mai 1928 bei gleichen Rentensätzen eine Mindererausgabe von nur rund 10 Millionen Mark. Ein ähnliches Ergebnis werde auch für die nächste Zeit zu erwarten sein. Späterhin dürften sich der Betrag zweifellos erhöhen, und man werde mit einer jährlichen Mindererausgabe von rund 30 bis 35 Millionen Mark rechnen können. Das Bild verschiebe sich jedoch sofort, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung der Rente oder die Rentensätze nicht irgendwie geändert werden. So würde z. B. eine Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen um 10 Proz. im Augenblick nicht weniger als rund 20 Millionen Mark jährlich erfordern.

Reichstag und Kommunalpolitik.

Einführung eines freien kommunalpolitischen Ausschusses?

Am Reichstag fand am Donnerstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Hübner eine Aussprache zwischen Vertretern der kommunalen Spitzenkörperschaften und Mitgliedern aller Fraktionen wegen der Einführung eines freien kommunalpolitischen Ausschusses beim Reichstag statt.

Die erste Anregung dazu war bereits auf dem Tag der Städte der Städte tag 1927 gegeben worden. Es ist immer der Wunsch aller kommunalen Spitzenkörperschaften gewesen, die berechtigten Interessen der Gemeinden auch in der Reichsversammlung zur Geltung zu bringen. Da die Reichsgesetzgebung sich im steigenden Umfang ausgedehnt und viele Gebiete, die früher von den Ländern geregelt wurden, jetzt der Zuständigkeit des Reiches unterliegen, so ist dieser Wunsch verständlich und berechtigt. Hinzu kommt, daß insbesondere in der sozialen Fürsorge im steigenden Umfang die Frage aufsteht, ob die örtliche oder die bezügliche Selbstverwaltung die zweckmäßigste Form ist.

Aus diesen Erwägungen sprach sich die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Dr. Herx für die Einführung eines freien kommunalpolitischen Ausschusses aus. Sie wünschte jedoch die Bildung eines festen mit Befehlsgewalt ausgestatteten Reichsausschusses ab, weil dadurch nur eine unangenehme Häufung der Reichungen innerhalb des Reichstags eintreten würde. Auch die übrigen Fraktionen sprachen sich im allgemeinen für die Bildung eines freien Ausschusses aus. Die Vertreter der deutschnationalen und der Zentrumsfraktion äußerten Bedenken, doch darf angenommen werden, daß auch ihre endgültige Haltung zustimmend sein wird.

Präsident Hübner hat die Fraktionen, sich baldigst über ihre endgültige Stellungnahme schlüssig zu werden, damit der Reichstag schon in kürzester Zeit abschließend entscheiden könne.

Die Vorgänge in Kirchhain.

Eine amtliche Mitteilung.

Ueber Vorgänge im Kreise Kirchhain (Regierungsbezirk Kassel) gehen einige Morgenblätter vom 29. d. M. eine nicht in allen Teilen zutreffende Darstellung. Wie dem Kreislichen Preussischen Polizeipräsidenten hierzu aus dem Preussischen Ministerium des Innern mitgeteilt wird, ist daran allein richtig, daß in der Tat im Kreise Kirchhain einige nationalsozialistische Gruppen im letzten Jahre militärische Übungen in geschlossenen Verbänden veranstaltet haben, die nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unzulässig sind.

Der Vorstand des Kreises Kirchhain, Herr von Giffa, war durch seine unterstellten Polizeibehörden über diese Vorgänge unterrichtet. Er sah sich nicht veranlaßt, dagegen einzuschreiten, auch verweigerte er, pflichtgemäß die zuständige vorgesetzte Behörde von dem Vorhandensein dieser Vorgänge in Kenntnis zu setzen. Infolgedessen hat sich der Preussische Minister des Innern entschlossen, bei der preussischen Reichsregierung den Antrag zu stellen, den Vorstand von Giffa in die Disposition zu stellen. Die preussische Staatsregierung wird sich voraussichtlich dem Vorschlage des Innenministers anschließen.

Unabhängig von den Maßnahmen gegen den leitenden politischen Beamten des Kreises geht natürlich das ebenfalls bereits eingeleitete Strafverfahren gegen die für die Übungen verantwortlichen Leiter, die sich durch die Veranstaltung dieser Übungen gegen die bestehenden Gesetze vergriffen haben.

Ähnliche Zusammenhänge in Indien. Wie eine indische Korrespondenz meldet, sind anlässlich eines von den Anhängern der Bogalibewegung veranstalteten Demonstrationstages gegen die indische Verfassungskommission 36 Demonstranten in Lucknow von der Polizei schwer verwundet worden. Anlaß zu diesem Vorgehen der Polizei hat die Nichtbefolgung der polizeilichen Befehle hinsichtlich des für den Demonstrationstages vorgeschriebenen Verhaltens.

An Trozki's Krankenlager.



Bäterchen Zar: „Sag, Bäterchen Stalin, warum habt ihr mich eigentlich erschossen? Wir wollten doch im Grunde genau dasselbe!“

Arbeiterdemonstration gegen die Tscheta.

Was die Sowjetpresse verschweigt.

Das Reichsorgan des Lenin-Bundes hat aus Rußland neue Informationen erhalten, denen zufolge die Opposition am 11. Jahrestag der Revolution in Städten wie Rostau, Leningrad, Charkow, Baku, Stalingrad usw. Vorstöße unternommen hat. Ueberall in den Revolutionsgebieten der Betriebe hätte die Opposition zu sprechen versucht. Außerdem wären Resolutionen eingereicht worden, die sich gegen die Herabsetzung des Lebensstandards der Industriearbeiterschaft, gegen die Verschlechterung ihrer Lage, gegen die hohen Getreidepreise und gegen den kulakfreundlichen Kurs wandten. Außerdem sei in den Revolutionen Paradedemonstrationen verlangt worden. Dort, wo es der Opposition gelungen sei, Redner zu lassen, wären tags darauf sämtliche Redner durch die Tscheta verhaftet worden.

In Leningrad wären im ganzen 75 Oppositionelle verhaftet, in Kiew sogar über 100. Als in Kiew die Nachricht von der Verhaftung in der Arbeiterschaft bekannt geworden sei, hätte sich des Proletariats eine große Empörung bemächtigt. Stürmisch sei die sofortige Freilassung der Verhafteten gefordert worden. Aus der dortigen Schußfabrik sei ein Teil der Belegschaft zum Gefängnis der GPU gezogen. Die Demonstranten wären in das Gefängnis eingebracht, u. a. wären Reden vom Balkon des

Gefängnisses gehalten worden. Um den Eindruck dieser Rundgebung zu zerstören und um es so hinzustellen, als ob die gesamte Belegschaft mit der Demonstration nicht einverstanden sei, hätte das Parteizellenbureau der betreffenden Fabrik drei Belegschaftsmitglieder als Delegation ernannt. Diese Delegation sei vor dem Kiewer Parteikomitee erschienen und habe erklärt, daß die Belegschaft die Demonstration eines „Leibes“ vor dem GPU-Gefängnis verurteilt und mit den Maßnahmen der Staatspolizei gegen die Opposition einverstanden wäre. Daraufhin hätte sich folgendes ereignet: Als die drei Beauftragten der Stalinbureaus in den Betrieb zurückkehrten, wären sie unter dem Jubel der Gesamtbelegschaft verprügelt worden. Es hätte sich spontan ein gewaltiger Demonstrationstzug der rund 2000 Köpfe zählenden Belegschaft der Kiewer Schußfabrik gebildet. Der Zug sei vor das Gebäude des Parteikomitees gezogen. Gewählte Delegierte hätten im Namen der Demonstranten die sofortige Freilassung aller Verhafteten verlangt. Die Verhafteten seien inzwischen schon von der GPU nach Moskau verschleppt worden. Ueber diese Demonstration und über die neuen Verhaftungen, denen bereits weitere Verbannungen gefolgt seien, schweige sich die russische Presse völlig aus.

Ratstagung in Lugano.

60 000 Franken Mehrkosten.

Genf, 29. November. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag haben sich zwei höhere Beamte des Völkerbundsekretariats nach Lugano begeben, um die notwendigen Vorbereitungen für die am 10. Dezember beginnende Ratstagung zu treffen. Es handelt sich u. a. um die Unterbringung des Sekretariatsstabes von rund 100 Beamten, wozu die Delegationen der Ratsmächte, wie Pressereporter usw. kommen. Die durch die Verlegung entstehenden Kosten dürften rund 60 000 Franken betragen.

Fürsorge für Oberschlesien.

Beschlüsse des Hauptausschusses des Landtags.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags sind die von der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion eingebrachten Anträge für die Provinz Oberschlesien beraten worden. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, wonach im Benehmen mit der Reichsregierung die Mittel für verstärkte Förderung von Roisteinständen erhöht werden sollen, damit die aus der Grenzgebung erwachsenen Aufgaben gelöst werden. Ferner sollen die für Reparationen nicht verbrauchten Beträge der Provinz zur Verwendung in den Sommermonaten zurückerstattet werden. Die Richtlinien für die Durchführung von Roisteinständen sollen dahin genehmigt werden, daß auch ausgeleitete Erwerbslose zu Roisteinständen zugelassen sind. Auch ein anderer Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die Entschädigung, die das Reich von Polen für die Chorzower Stickstoffwerke erhält, zum Aufbau der ober-schlesischen Wirtschaft verwendet werden soll. Die preussische Regierung soll ferner dahin wirken, daß eine Stilllegung der Donnermarck-Hütte verhindert und die vom Stahlwerkverband initiierte Frachtbestimmung, wonach die ober-schlesische metallverarbeitende Industrie ihre Rohprodukte mit Aufschlagstrachtbassis Oberhausen selbst von ober-schlesischen Werken beziehen muß, aufgehoben wird. Schließlich soll alles versucht werden, um die bereits stillgelegte weiterverarbeitende Metallindustrie Oberschlesiens wieder in Gang zu bringen.

Woroschilow gegen Stalin?

Abschwenken zur bauernfreundlichen Gruppe Kalinin-Ryrow

Nach Rostauer Meldungen, die von der T. U. verbreitet werden, wird in gut unterrichteten Kreisen erklärt, daß Stalin im politischen Bureau eine empfindliche Niederlage erlitten habe. Woroschilow sei der politischen Gruppe Kalinin-Ryrow beigetreten, nachdem er mit seiner Ansicht durchgedrungen sei, wonach die Schlagfertigkeit der Roten Armee, die zu 80 Proz. aus Bauern bestünde, davon abhängig sei, in welchem Maße die Sowjetregierung

den Bedürfnissen der Bauern gerecht werde. Der Gruppe Kalinin-Kalinin sei es gelungen, Stalin zu Zugeständnissen zu zwingen. Wie schwach der Einfluß Stalins auf die Rote Armee sei, gehe daraus hervor, daß zahlreiche Truppenteile dem Kriegskommissar Woroschilow Aufbaurückstellungen zugestimmt hätten, in denen er als ihr alleiniger Führer anerkannt werde.

Ungeföhnte Vergehen.

Gegen russische Arbeiterinnen.

Das nachstehende Zitat würde zweifellos von der „Roten Fahne“ als „Fälschung“ erklärt werden, wenn es nicht zufällig einem in der „Roten Fahne“ selber abgedruckten Leitartikel der „Pravda“ vom 23. November entstamme. Der Artikel der „Pravda“ behandelt die Zusammenlegung der kommunistischen Parteimitgliedschaft in Sowjetrußland und betont die Notwendigkeit, den Prozentsatz der betriebstätigen Arbeiter in der KPSU von nur 42 Proz. der Gesamtmitgliedschaft auf mindestens 50 Proz. zu erhöhen. Ueber dieses Ziel wird gesagt:

Das bedeutet, durch die Säuberung unserer Reihen von jeglichen untauglichen, entarteten, deklassierten Elementen den Anteil der Arbeiter zu erhöhen. Das bedeutet, die noch unberührten Reserven der Arbeiter und besonders der Arbeiterinnen zu erschöpfen, die durch die Fehler und Vergehen einzelner unserer Genossen, die manchmal nicht wieder gutgemacht werden und unbestraft bleiben, vom Eintritt abgehalten werden.

Vergehen gegen Arbeiterinnen? Vergehen von kommunistischen Funktionären? Die „manchmal“ nicht wieder gutgemacht werden und unbestraft bleiben? Waswegen den Arbeiterinnen die Lust zum Eintritt in die alleinstehende KPSU vergeht? — Das laßt sich klären!

Faschistenmethoden in Jugoslawien.

Stefan Raditsch' Witwe darf nicht ins Ausland reisen.

Belgrad, 29. November.

Wie das Organ der kroatischen Bauernpartei „Kardus Vol“, meldet, hat es die Kragarische Polizei abgelehnt, der Witwe Stefan Raditschs einen Auslandspaß auszustellen. Frau Stefan Raditsch veröffentlichte dazu eine Erklärung, in der sie sich über diese Freiheitsbeschränkung beschwert und sagt, sie hätte nach Paris zu ihrem Sohne reisen wollen.

Der Alf-Cavell-Film ist vom polnischen Innenministerium verboten worden, weil Polen den Wunsch habe, seine internationalen Beziehungen nicht zu trüben. Die Rechtspreffe greift die Regierung wegen dieser Unpolitik Deutschland gegenüber heftig an.

Die Ruhrarbeiter zum Kampf.

Bericht der Bezirksleiter.

Bodum, 29. November. (Eigenbericht.)

Die am Donnerstag abgehaltene Delegiertenkonferenz der freien Gewerkschaften nahm eine Entschliessung an, in der es heißt:

Die Gewerkschaften haben erklärt, daß die Regelung der Arbeitszeit ohne Kündigung des Arbeitszeitabkommens Gegenstand von Verhandlungen sein kann. Sie nehmen deshalb Abstand von einer Kündigung am 1. Dezember 1928. Weiter haben sich die Gewerkschaften mit der Verkürzung der Laufzeit des Schiedspruches einverstanden erklärt. Diese Vorschläge haben die Arbeitgeber brüskel abgelehnt. Hierdurch kommt deutlich der wahre Kern des Machtkampfes der Arbeitgeber zum Ausdruck.

Sie wollen den Kampf! Sie wollen nicht allein den Schiedspruch beseitigen, sondern sie wollen jede tarifliche Verbesserung unterbinden. Sie haben die Offensive gegen die Schlichtungsordnung eröffnet unter Nichtachtung von Recht und Gesetz.

Die Gewerkschaften erwarten, daß von der Regierung alle zur Verfügung stehenden Mittel angewandt werden, um diesem gesetz- und rechtswidrigen Vorgehen der Arbeitgeber Einhalt zu gebieten. Die Arbeiterschaft verteidigt ihre Rechte und ihre Ehre.

Essen, 29. November. (Eigenbericht.)

Von der großen Delegiertenkonferenz der Deutschen Metallarbeiterverbände berichtete Bezirksleiter Wolf-Essen über den Stand der Arbeitskämpfe in Nordwest und über die Düsseldorf-Berliner Verhandlungen. Regierungspräsident Bergemann habe aus eigener Initiative die Vermittlungsverhandlungen angeboten. Bergemann habe in kühler, fast toller Weise die Verhandlungen geleitet. Bergemann habe es zunächst den Parteien überlassen, Vorschläge zu machen. Die Unternehmer forderten wesentlichen Abbau der in dem Schiedspruch festgelegten Regelung, die Arbeiter dagegen:

unbedingte Anerkennung des Schiedspruches.

Beim unter diesen Umständen keine Möglichkeit gegeben schien, hat sich der Reichsarbeitsminister entschlossen, mit einigen Beamten seines Ressorts ins Revier zu kommen, um die Parteien zu einer Aussprache zu laden. Großes Befremden habe es bei den Gewerkschaftsvertretern erregt, daß ein Regierungsvertreter versuche, auf die Metallarbeiterverbände dahin einzuwirken, den verbindlich erklärten Schiedspruch zugunsten der Unternehmer abzuändern, unter Hinweis auf die verheerenden Auswirkungen des Wirtschaftskampfes. Diese Art der Beeinflussung hatten die Gewerkschaftsvertreter mit Entrüstung abgelesen. (Anmerkung der Redaktion: Nach unserer genaueren Kenntnis der Dinge hat einer der Ministerialbeamten einen derartigen Vorschlag wohl gesprächsweise geäußert, es ist ihm aber sofort von einem anderen Ministerialbeamten widersprochen worden. Rede und Gegenrede ist nicht während der eigentlichen Verhandlungen gefallen, sondern im Laufe eines allgemeinen Gesprächs am Schluß der Verhandlungen.)

handlungen. Im übrigen halten wir es für außerordentlich bedauerlich, daß solche gelegentlichen Äußerungen in öffentlicher Versammlung fälschlich und einseitig als offizielle Verhandlungen eines Regierungsvertreters hingestellt werden.)

Die Gewerkschaften schlugen dann ein

Troostorium bis zur Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

über die Rechtsgültigkeit des Schiedspruches vor. Zunächst verlangten die Metallarbeiterverbände bei sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit unter den alten Lohnbedingungen im Falle der rechtsgerichtlichen Feststellung der Rechtsgültigkeit des Schiedspruches Nachzahlung der Differenz zwischen den alten und den neuen schiedsgerichtlichen festgelegten Lohnsätzen.

Nachdem auf Grund dieses Angebotes sich keine weiteren Verhandlungsmöglichkeiten ergaben, übernahm Bergemann diesen Vorschlag als den feinsten mit der Abänderung, daß eine Nachzahlung der Lohn Differenz nicht eintreten solle. Diesem Vorschlage stimmten die Metallarbeiterverbände zu, die Unternehmer lehnten ihn ab. Die weiteren Bemühungen Bergemanns seien trotz der durch das Urteil des Landesarbeitsgerichts zugunsten der Gewerkschaften veränderten Rechtslage infolge der Unmachbarkeit der Unternehmer, die eine Annullierung des Schiedspruches verlangt haben, erfolglos geblieben.

In seinen weiteren Darlegungen wies Bezirksleiter Wolf auf die verheerenden Auswirkungen der Aussperrung auf das Wirtschaftsleben hin. Nach einer Berechnung unter Zugrundelegung der Annahme, daß 15 Proz. aller Metallarbeiter der Nordwestgruppe Lohnarbeiter sind und bei einer durchschnittlich wöchentlichen Arbeitszeit von 54 Stunden, würden, wenn sämtliche Arbeiter ohne Altersunterschied die Lohnerhöhung von 6 bzw. 2 Pf. erhalten würden,

jährlich 15,2 Millionen M. Mehrausgaben

für die rheinisch-westfälische Metallindustrie entstehen. Die bisher entstandenen Schäden an Produktionsausfall und die durch die Stilllegungen verursachten Sachschäden innerhalb der Betriebe belaufen sich auf ungefähr 100 Millionen Mark wöchentlich.

Zucht hausgesetz gegen Aussperrer?

Bodum, 29. November. (Eigenbericht.)

In einer von mehreren Tausenden von Metallarbeitern besuchten Kundgebung des Christlichen Metallarbeiterverbandes sprach in Bodum am Donnerstagabend Bezirksleiter Kurth über die augenblickliche Lage in der Metallindustrie Nordwest. Er erinnerte die Unternehmer, die heute gegen die Bereitstellung von 20 Millionen Mark vom Reich zur Unterstützung der Aussperrten Sturm liefen, an die 715 Millionen Mark, die sie als Entschädigung für ihre Ruhrkampfsverluste erhalten haben. Er forderte die Verabschiedung eines Zuchtgesetzes im beschleunigten Verfahren, durch das jeder aussperrende Unternehmer mit Zuchthausstrafe nicht unter fünf Jahren bedroht werde. Denn was sich heute nur in der Metallindustrie abspiele, könne sich schon morgen auf allen anderen Arbeitsgebieten, beispielsweise im Berg-

bau ereignen. Dem preussischen Bohrschichtminister Hirtfelder gebühre für seine tatkräftige schnelle Durchführung der großzügigen Hilfsaktion der Dank aller Beteiligten.

Anmerkung der Redaktion: Es bedarf wohl keines Beweises, daß nicht ein einziger christlicher Gewerkschaftsvertreter im Reichstag einem solchen Gesetz zustimmen würde, ganz abgesehen von den übrigen Abgeordneten der Fraktionen des Zentrum der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei sowie der Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten, denen die christlichen Gewerkschaftsvertreter angehören. Im übrigen weiß Kurth natürlich, daß die Richtlinien gemeinsam von Hirtfelder und Orzeszinski ausgearbeitet wurden.

Sind die Löhne zu hoch? Was für die Wirtschaft untragbar ist.

In den Darlegungen der Unternehmer zur Verteidigung der Ruhrindustriellen sowie im allgemeinen überhaupt zur Verteidigung der Abiehung von Lohnerhöhungen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Löhne seit 1923 oder 1925 weit mehr gestiegen seien als die Preise. Ganz abgesehen davon, daß in diesem Zeitpunkt auch die Rationalisierung durchgeführt wurde und damit eine außerordentliche Leistungssteigerung, die keineswegs mit den Lohnerhöhungen als abgegolten betrachtet werden kann, so geht diese ganze Argumentation bewußt auf einer falschen Basis aus.

Am Ausgang der Inflation befanden sich die Löhne der deutschen Arbeiter auf einem unerträglichem, unmöglichen Hungerniveau. Will man einen Vergleich ziehen, dann muß man ausgehen von den Vorkriegspreisen, der Vorkriegsleistung und den Vorkriegslöhnen und in Vergleichen stellen zu den Preisen, Löhnen und der Leistung von heute.

Gerade die hohe Zahl der dauernd Arbeitslosen beweist, daß zwischen Arbeitsleistung und Arbeitslöhnen heute ein Abstand klafft, der viel größer ist als er vor dem Kriege war. Der Gewinnanteil des Kapitals, ob er nun sich ausdrückt in dem außerordentlich hohen Zinsfuß des Leihkapitals, in den Rücklagen und Abschreibungen, die gleichfalls heute viel höher sind als vor dem Kriege, dieser Gewinnanteil ist heute ein ungesund hoher, und er ist es in Wirklichkeit für die Wirtschaft untragbar ist und wesentlich dazu beiträgt, daß wir ein riesiges unproduktives Arbeitslosenheer unterhalten müssen.

Während der Inflation sind die Löhne ganz ungeheuer herabgedrückt worden und die Gewinne wurden verschleudert, entweder an das Ausland durch Schleuderexport oder in unproduktive und unrationelle Neuanlagen, die schnell alles Eisen wurden. Man hat sich die „Sachwerte“ gestürzt, mit dem Erfolg, daß die deutsche Wirtschaft am Ausgang der Inflation eine beispiellose Ruhr durchzumachen hatte. Man braucht nur an diese Tatsache zu erinnern, um die Unhaltbarkeit und innere Unwahrheit der Argumentation der Unternehmer aufzuzeigen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust. Seeger; Wirtschaft: Dr. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Geyer; Arbeiter: Dr. G. Geyer; Sozial- und Genossen: Dr. Kurth; Anzeigen: Dr. Geyer; sämtlich in Berlin; Verlag: Berandts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Berandts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Vertrieb: Paul Singer u. Co., Berlin; Anzeigen: Berandts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Anzeigen: Berandts-Verlag G. m. b. H., Berlin.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.85
- Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knod. 1.00
- Schmorfleisch ohne Knochen . . . Pfund 1.25
- Querrippe Pfd. 0.75 Gulasch Pfd. 0.80
- Gehacktes Pfd. 0.75 Linsen Pfd. 0.92
- Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 0.72
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund 0.85
- Kalbskeule ganz und gefüllt . . . Pfund 0.95
- Hammel-Vorderfleisch . . . Pfund 0.98
- Schweinebauch u. Rücken . . . Pfund 1.05
- Schweinekamm u. Diatt . . . Pfund 1.10
- Schweineschinken . . . Pfund 1.15
- Kabier, Speer u. Kamm . . . Pfund 1.20

- Schweinekotelett . . . Pfund 1.35
- Kalbsschnittel . . . Pfund 2.20

Prima Gefrierfleisch

- Suppenfleisch . . . Pfund 0.65
- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.70
- Kuh-Euter Pfd. 0.25 Merzen Pfd. 0.60

Wein Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

- San Antonio spanischer Rotwein 1.00
- 1927 Wöllsteiner Rotter Tischwein 1.10
- 1927 Grünstädter Röhl städtiger Pfälzwein . . . 1.35
- 1927 Mandeler Rosengärten blum. Nabew. 1.50
- 1922 Chät. La Grollet Rotter Bordeaux 1.50
- 1926 Niersteiner Berg fruchtig, ansprechend 1.80
- 1926 Clüsserather Königsberg rann. Mosel 1.80
- 1924 Chät. Clarke wälder Bordeaux, feinst 2.00
- 1926 Rudesheimer Rotter Rheingauer 2.00
- 3 ausgesuchte Marken zum Diner:
- 1921 Dürkheimer Hochbenn Kelterung Hoch, schwarzer Pfälzwein 2.75
- 1922 Zellinger Sonnenuhr (Korkbrand Berres Erben) Mosel, spritzig, würzig 2.75
- 1923 Chät. Beydevelle St. Julien, gehaltvoller Bordeaux 1.40
- Feiner Malaga kräftig, süß 1.40
- Wein vom Fass zu Extra-Preisen

Obst

- Amorellenbirnen 25 Pfl.
- Eß- u. Kochäpfel 20 Pfl.
- Tafeläpfel rote, Pfd. 28 Pfl.
- Amerikaneräpfel 38 Pfl.
- Kronzeigen Pfd. 28 Pfl.
- Mandarinen Pfd. 35 Pfl.
- Haselnüsse neue, Pfd. 48 Pfl.
- Walnüsse neue, Pfd. 58 Pfl.
- Ananas Pfd. von 95 Pfl. an
- Apfelsinen Dtz. 60, 80 Pfl.

1a Tafeläpfel

Edelrot und Champagner-Rosetten
Kiste ca. 46 Pfl. brutto 13.50

Gemüse

- Weißkohl dtm. Pfund
- Wirsingkohl 1/2 8 Pfl.
- Rotkohl holländ. 8 Pfl.
- Möhren gewaschen, Pfd. 9 Pfl.
- Rote Rüben Pfd. 10 Pfl.
- Bayr. Rettiche st. 10 Pfl.
- Sellerie . . . Pfund 22 Pfl.
- Rosenkohl . . . Pfund 24 Pfl.
- Schwarzwurzeln 36 Pfl.

Kartoffeln
Winterrolle, Zentner 3.50
Zusendung in Groß-Berlin per Zentner 50 Pfl. Aufschlag, Sackpfund 80 Pfl.

Kaffee

- frisch gebrannt, eigene Röstarrei
- Konsum-Misch. Pfd. 2.40
- Haushalt-Misch. . . 2.60
- Sonder-Misch. Pfd. 3.00
- Olympia-Misch. Pfd. 3.40
- Globus-Misch. Pfd. 3.80
- Residenz-Misch. . . 4.20
- Spezial-Mischung 4.20
- Bohnenkaffee 67 Pfl. 40% . . . 1.10

Geflügel u. Wild

- Suppenhühner . . . Pfund 95 Pfl.
- frisch geschlachtet, Pfd. 95 Pfl.
- Pulen Pfund 1.05
- Bratgänse Pfd. 1.00 an
- Fellgänse . . . Pfund 1.15
- Gänse Warlebrucher, Pfund 1.25
- Poulets kleine Pfd. 1.25 1.40
- Enten (junge Pfund) 1.25 1.40
- Rehragoul Pfund 28 Pfl.
- Hirschblätter Pfund 80 Pfl.
- Rehblätter . . . Pfund 1.10
- Hasen, Kaninchen gestr., ausgeworfl., Pfd. 1.00 1.25

Fische

- Schellfische . . . Pfund 22 Pfl.
- Goldbarse . . . Pfund 28 Pfl.
- Kabeljau ohne Kopf, Pfund 28 Pfl.
- gr. Flische 28 Pfl.
- Fischfilet . . . Pfund 48 Pfl.
- Zander gelber, Pfund 60 Pfl.
- lebende, Pfund v. 95 Pfl. an
- Karpfen

Wurstwaren

- Rot- u. Dampfurst hannoversche, Pfund 1.10
- Leberwurst Rostocker Pfund 1.25
- Jagdwurst . . . Pfund 1.45
- Mellwurst Braunschwe. Art, Pfund 1.45
- Schinkenpolische 1.55
- Filetwurst . . . Pfund 1.55
- Leberwurst feine, Pfd. 1.80
- Pökelfleisch gelocht 1.80
- Zervelat u. Salami holsteinsche, Pfund 1.75
- Speck fett 1.40 Pfund 1.50
- Schinkenspeck Pfd. 1.80
- Suppschinken ca. 2 Pfd. schwer, Pfd. 2.10
- Kleinste, Kettwurst Str. Marzill: Berl. Mettwurst Pfd. 1.20
- Bierwurst . . . Pfund 1.70
- Teewurst . . . Pfund 1.70

Käse u. Fette

- Camembert vollfett, Schachtel 20 Pfl. 6 Portionen 75 Pfl.
- Limburger halbfett . . . 45 Pfl. 55 Pfl. vollfett . . . Pfd. 1.10
- Holländer halbfett . . . Pfd. 85 Pfl. vollfett . . . Pfd. 1.18
- Edamer halbfett . . . Pfd. 85 Pfl. vollfett . . . Pfd. 1.18
- Steinbuscher dreiviertelfett, Pfd. 82 Pfl. vollfett . . . Pfd. 1.12
- Schweizer dtm., dreiviertelfett Pfd. 98 Pfl. bayr., vollfett Pfund von 1.35
- Sleppenkäse halbfett Pfund 82 Pfl.
- Tilsiter vollfett, Pfd. 1.15 halbfett ohne Rinde, Pfd. 88 Pfl.
- Emmentaler vollfett, ohne Rinde Pfund 1.25

Beste Qualitäten:

- Margarine Pfd. 52, 58 Pfl.
- Kokosfett Pfd.-Tafel 62 Pfl.
- Schweineschmalz 74 Pfl.
- Tafelbutter . . . Pfund 2.18
- Dänische Butter Pfd. 2.36

Konfitüren

- Konsum-Keks Pfund 90 Pfl.
- Krem-Schokolade 3 Tafeln à 100 Gramm 45 Pfl.
- Vollmilch-Schokolade 3 Tafeln à 50 Gramm 85 Pfl.
- Olympia-Blockschokolade Pfund 1.15

Zum Weihnachtsfest: Lebkuchen, Marzipan und Schokolade

Konserven

- Karotten ganze, 1/2 D. 0.60 geschliffen 0.42
- Sellerie 1.00 Spinat . . . 0.48
- Brechbohnen 0.50 I. Sorte . . . 0.75
- Haushaltgemüse 0.75
- Lebziger Allerlei 0.90
- Erbsen mittelfein 0.78 Gemüsesorten 0.50
- Spargel (Bruch) 3.10 (Stangen) 2.95
- extrastark mittelfest 0.72
- Apfelsmus 5 kg Dose 3.60 0.72
- Pflaumen 0.62 mit Stein . . . 0.65
- Mirabellen, Birnen halbe Frucht 1.00
- Ananas Hawaii, 1 schreiben 1.05
- Sauerkirschen, Südkirschen 1.05
- Aprikosen-Pulp 5 kg Dose 4.80
- Senfgurken 5 kg Dose 4.25
- Crab meat dem Hummer ähnlich 2.25 4.25
- Walsardinen 1/2 Kubd. 0.35 1/2 Kubdose 0.42
- Brat- u. Bismarckheringe, 11/2 l.-Dose
- Hering in Gelee, Rollmops 90 Pfl.

Konfitüren 1/2 Elmer

- Pflaumen 0.98 Aprikosen 1.10 Orange, Johannish. 1.15 Erdbeer 1.30 Kirsch 1.35
- Bienenhonig 1/2 kg Glas 1.20 1 kg Glas 2.25

Räucherwaren

- Fettbücklinge 48 u. 60 Pfl. Spalten Original- 58 Pfl.
- Schellfische Pfund 42 Pfl. Spickaaale Kirschen Eund
- Kieler Bücklinge 58 Pfl. Pfund von 2.85 38, 45 Pfl.

Bäckartikel

- Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.10 1.18 1.25
- Auszug-Mehl 20, 22, 24 Pfl. Sultaninen 38, 52, 65 Pfl.
- Kartoffelmehl Pfd. 22 Pfl. Rosinen Pfd. 45, 60, 68 Pfl.
- Maispuder Pfund 28 Pfl. Korinthen Pfd. 68, 78 Pfl.
- Weizenpulver Pfd. 42 Pfl. Orangeal . . . Pfund 1.20
- Blauer Mohn Pfd. 44 Pfl. Zitronal Pfund 1.35
- Mandeln Bourbon-Vanille . . . Pfl.
- 500 u. bitter, Pfd. 2.30 2.90 Stange von 10 an
- Kokosnuß Pfund 60 Pfl. Vanillinzucker . . . 20 Pfl.
- Mandelio Pfund 68 Pfl. Backpulver 5 Beutel 30 Pfl.

Arbeiterschaft und Ambulatorien.

Eine geschichtliche Darstellung.

Im Sommer 1923, als der Wert der Mark mit rasender Geschwindigkeit in den Abgrund sank, erließ der Reichstag das sog. Ermächtigungsgesetz. Auf Grund dieses Gesetzes erließ die Reichsregierung unter dem 30. Oktober 1923 die sog. „Verordnung über Krankenhilfe bei den Krankenkassen“, in deren § 1 es heißt:

„Die für eine Krankenkasse tätigen Ärzte sind verpflichtet, eine nicht erforderliche Behandlung abzulehnen, die erforderliche Behandlung insbesondere hinsichtlich Art und Umfang der ärztlichen Leistungen sowie der Verschreibung von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln auf das notwendigste Maß zu beschränken und bei Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten alles zu vermeiden, was eine unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenhilfe herbeiführen kann. Sie haben dabei die Richtlinien zu beachten, die der auf Grund einer besonderen Verordnung über Ärzte und Krankenkassen ernannte Reichsausschuß festsetzt oder die der Kassenvorstand nach Anhörung von Sachverständigen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenkasse aufstellt.“

Der Kassenvorstand ist berechtigt, die Ärzte auf Verstöße gegen die Vorschriften in Absatz 1 hinzuweisen und ihnen ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vertragsbestimmungen bei gleichwohl wiederholter Verletzung dieser Verpflichtungen fristlos zu kündigen und bis zur Dauer von zwei Jahren die erneute Zulassung zur Tätigkeit bei der Kasse zu verweigern. Dem Arzt muß vorher Gelegenheit zur Reue gegeben werden.“

Diese Verordnung, die allen solche Rechte in die Hand gab, und das sind in den Augen vieler Ärzte die Kassenvorstände, verleiht, wenn auch nur so eine Aufrechterhaltung der Krankenversicherung möglich war, gegen die „Ehre und Standeswürde der deutschen Ärzteschaft“, wie die Ständevertretung angab. Obwohl noch am 29. November 1923 durch eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung, die durch Vermittlung des Leibarztes des Reichspräsidenten zustande kam, die fristlose Entlassung nur durch eine Entscheidung des Ueberwachungsausschusses ausgesprochen werden kann, bestand der unter deutschnationaler Führung stehende Leipziger Verband auf der fristlosen Kündigung aller mit den Kassen geschlossenen Verträge zum 1. Dezember 1923. Der Einwand prominenter Berliner Ärzteführer, daß dieser Kampf gegen die Reichsregierung nur zu einer Niederlage führen könne, wurde von Leipzig nach berühmten Vorbildern mit der Erklärung abgetan, die an die Landesverbände hinausgegangenen Aufforderungen zur Kündigung können nicht mehr wegen der Kürze der Zeit zurückgenommen werden. Es muß festgestellt werden, daß der Ärztesitz nicht wegen zu schlechter Bezahlung der Kassenzurückgeklommen wurde. Nach der fristlosen Kündigung behandelten die Ärzte die Kassennutzberechtigten als Privatpatienten und verlangten von ihnen bei sofortiger Barzahlung, Kampfstunden, d. h. ein Mehrfaches der in der preußischen Gebührenordnung für die Versicherungsträger vorgeschriebenen Rindesätze. Da die Kassen ihren Mitgliedern die Auslagen nicht voll zurückerstatten konnten, gab es die schlimmsten Auftritte vor den Schaltern. Der Zweck dieser Kampfkosten war, die Kassen finanziell zu ruinieren und ihre Mitglieder aufzuheben, was besonders von kommunistischer Seite durch die Gründung eines Verbandes der Mitglieder der Ortskrankenkassen versucht wurde. Dem konnte der Kassenvorstand nicht untätig zusehen, und er mußte zur Selbsthilfe schreiten, d. h. in eigenen Räumen festbesoldete Ärzte zur Behandlung seiner Mitglieder beschäftigen. So entstanden die Berliner Kassenambulatorien.

Inzwischen waren bei den Oberversicherungsämtern und beim Reichsversicherungsamt Schiedsämter gebildet worden, um für die Zukunft einen neuen vertraglosen Zustand zwischen Krankenkassen und Ärzten zu vermeiden. Wesentlich ist, daß bei ihren Schiedssprüchen sowohl das Schiedsamt beim Oberversicherungsamt Berlin als auch das Reichsschiedsamt die Ambulatorien als eine feststehende Tatsache betrachteten. Andererseits zeigt aber die jetzige Entscheidung des Reichsschiedsamtes, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegt, daß es sich doch nicht über das Befehl der ärztlichen Versorgung in den Ambulatorien klar ist, denn sonst hätte es nicht den folgenden salomonischen Spruch fällen können:

„Die Beschäftigung der Ärzte in den Ambulatorien Groß-Berlins ist derart zu ordnen, daß allen zur Krankenpraxis in Groß-Berlin zugelassenen Ärzten die Möglichkeit gegeben wird, in einem bestimmten zeitlichen und persönlichen Bescheide in den Ambulatorien tätig zu werden.“ Dieser Schiedsspruch gab also den etwa 4000 Kassenzurückgeklommenen das Recht, in den 38 Ambulatorien zu behandeln. Ob dabei an die Ärzte Nummern verteilt werden sollten, wann sie

mit ihrer Behandlung beginnen können, oder ob Kreisbesuche auf dem Boden des Behandlungsraum des einen Arztes von anderen abgrenzen oder wie sonst die Tätigkeit geregelt werden sollte, überließ das Schiedsamt den Parteien. Nach einem solchen Schiedsspruch, der so elementar das Wesen und die Bedingungen des Ambulatoriumsbetriebes verfaßte, blieb den Kassen zur Rettung ihrer Einrichtungen nichts übrig, als auf die Forderungen der Ärzteschaft einzugehen, ihre Mitglieder aus den Ambulatorien zu verbannen und alle Ambulatoriumsärzte, soweit sie nicht nach § 626 BGB angestellt sind, zum Ablauf ihres Vertrages zu kündigen. Andererseits werden die neuereitretenden Ärzte nur ein halbes Jahr entweder vormittags von 9—1 Uhr oder nachmittags von 4—7 Uhr beschäftigt. Da 1929 die meisten Verträge ablaufen, werden fast nur noch Zeitarzte tätig sein. Daß dadurch jede fürsorgliche und vorbeugende Tätigkeit, es sei nur an wiederholte Untersuchungen einer Familie bei Feststellung einer offenen Tuberkulose bei einem Angehörigen hingewiesen, planmäßig unterbunden wird, ist selbstverständlich. Aber auch sonst erwachsen den Kassennutzberechtigten und ihren Angehörigen große Nachteile; es sei nur daran erinnert, daß eine beginnende Lungentuberkulose häufig unter dem Bilde eines einfachen Hustens beginnt. Der freipraktizierende Kassenzurückgeklommene häufig nur nach oberflächlicher Untersuchung eine Hustenmedizin, und der Patient soll wiederkommen, wenn die Medizin alle oder der neue Bon fällt ist. Da die Kassenzurückgeklommenen in der Mehrzahl keine Krankengeschichte führen, können sie auch gar nicht beurteilen, ob die Krankheit im Laufe der Zeit Fortschritte macht. Nehmlich ist es z. B. bei der Untersuchung bei Magenbeschwerden, wo häufig ein Magenkrebs die Ursache ist, der, wenn er entdeckt wird, nicht mehr operiert werden kann. Ganz wesentlich ist auch der Selbstverlust, den der Patient erleidet, wenn er von einem Kassenzurückgeklommenen zum anderen gehen muß, während in den Ambulatorien die Fachärzte Tür an Tür arbeiten.

Ferner wurde im Schiedsspruch festgelegt, daß die Krankenkassen ab 1. Januar 1929 an die Ärzteschaft für jedes Mitglied pro Jahr 11 Mark abzuführen haben, d. h. etwa 16 1/2 Millionen Goldmark pro Jahr. Auch hier zeigt sich wieder die Kurzsichtigkeit der Ärzteschaft. Es wird immer geflagt, daß der Bonwert sinke. Da aber von den Kassen eine Pauschale gezahlt wird, ist der Wert des Gutdickens abhängig von der Zahl, die in die 16 1/2 Millionen geteilt wird. Wenn jetzt die vielen tausend Mitglieder weiter in den Ambulatorien behandelt würden, so würden laut Schiedsspruch ab 1. Januar 1928 die dort abgegebenen Boni nicht mehr von der Ärzteschaft an die Kassen zurückveräußert werden müssen. Das macht allein für das Jahr 1927 etwa 300 000 Kassennutzberechtigten bei einer Prozente von 737 303 Patienten.

Es dürfte damit bewiesen sein, daß die Ambulatoriumsbehandlung den gesundheitlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerecht wird. Wir können heute schon mitteilen, daß unser Artikel vom 30. September 1928 großen Widerhall gefunden hat. Denn die Versicherten haben ein Recht auf Behandlung in den Kasseneinrichtungen, die von ihren Beiträgen geschaffen sind. Sie sind ja schließlich nicht Objekt, sondern Subjekt der Sozialversicherung. Dieser Erkenntnis wird sich auch mit der Zeit nicht das Versicherungsamt und die Ärzteschaft verschließen können, denn beide sind ja auch nur der Versicherten willen da und nicht umgekehrt. Da sich in der Sonntagausgabe vom 30. September ein Druckfehler eingeschlichen hatte, sei nochmals mitgeteilt, daß die Forderungen und die Beschwerden wegen Ablehnung der Behandlung in den Ambulatorien an das Versicherungsamt der Stadt Berlin, Klosterstraße 65/67, als der Aufsichtsbehörde der Berliner Krankenkassen und im Instanzenweg an das Reichsversicherungsamt weiterzuleiten sind unter Einbindung einer Abschrift der Beschwerde an die zuständige Kasse.

Der gekürzte Haushalt.

15. Bezirk — Treptow.

In der Bezirksversammlung Treptow hatten die Kommunisten beantragt, für die durch Feuer geschädigten Laubenbesitzer der Kolonie „Dammek“ sofort feste Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Nach dem Bericht des Bezirksamts sind die fünf in Frage kommenden Kolonisten Inhaber von festen Wohnungen. Auch dieser APD-Antrag hat sich also als leere Demonstration erwiesen. Genosse Reumann erfuhr das Bezirksamts, alles zu unternehmen, damit endlich

die durch die Papierzerreißenanlage in der Schmollerstraße entstehenden Schäden und Belästigungen für die Anwohner beseitigt werden. Genosse Becker kritisierte, daß alle als dringlich anzusehenden Projekte von dem Stadtkämmerei gestrichen worden sind. Unsere Vertreter werden sich im Stadtparlament mit aller Kraft dafür einsetzen, daß wenigstens der bisher so stark durch den Magistrat zurückgehaltene Bezirk Treptow einige der Projekte genehmigt erhält. Auf Antrag unserer Fraktion protestierte die Bezirksversammlung dagegen, daß ohne Anhörung des Bezirksamts und der Bezirksversammlung vom Magistrat ein Vertrag über den Verkauf von Baugelände an der Reuen Krugallee und der Köpenicker Landstraße in Berlin-Treptow abgeschlossen ist. Genosse Lempert erklärte, daß die wenigen Rechte, die die Bezirksversammlungen noch haben, auf keinen Fall durch den Magistrat beeinträchtigt werden dürfen. Des weiteren wurde auf Antrag unserer Fraktion der Flächenaustausch in Treptow, Großstraße mit der evangelischen Kirchengemeinde Treptow zum Zwecke der Erbauung einer Kirche abgelehnt. Zum Bau von Wohnungen in Baumhuldenweg stimmte die Bezirksversammlung dem Verkauf von Baugelände an den Straßen 50, 54, 55, 59 und an der Forsthausallee an den Wohnungsgesellschaft „Dorella“ zu. Genosse Schneider erfuhr das Bezirksamts, daß besorgt zu sein, daß auch die Laubenbesitzer an gewissen entschädigt werden. Einem Antrage unserer Fraktion auf Besserung der Postverhältnisse in Treptow stimmte die Versammlung zu. Des weiteren wird beschlossen, das Bezirksamts zu beauftragen, auch für großstädtische Postverhältnisse in Johannisthal bemüht zu sein. Dann wurde die Errichtung eines Altersheims in Alt-Ostende beschlossen. Mit der Auflösung der 10. Volksschule in Oberschöneweide erklärte sich die Versammlung einverstanden, weil die Schülerzahl so zurückgegangen ist, daß die Aufrechterhaltung der Schule nicht gerechtfertigt erscheint. Ein Antrag unserer Fraktion auf Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Bezirk Treptow gab Veranlassung zu einer ausgedehnten Debatte. Drei von den Kommunisten gestellte Agitationsanträge verliefen der Ablehnung. Genosse Becker bewies, daß die Kommunisten weit davon entfernt sind, ihre Anträge als bare Münze zu betrachten.

Der „schwerhörige“ Medizinalrat.

14. Kreis — Ruckwies.

Die Bezirksversammlung wählte an Stelle des ausgeschiedenen Vorsitzers, Landtagsabgeordneter Genossen Heitmann, einstimmig den Stadtverordneten Genossen Graßmann. In die Versammlung sind neu eingetreten die Genossen Trudi und Brinmann. Für die Kreisbauernstelle wurden gewählt die Genossen Bormann als Vertreterin der Mütter und als Vertreter der Ärzteschaft Genossin Dr. Käthe Frankenthal. Die zentrale Finanzverwaltung hat etwa 15 Millionen am Vorschlag des Bezirkshaushalts gestrichen. Dagegen wandten sich die Sprecher aller Fraktionen. Die Versammlung erließ dann in rascher Folge drei Anträge und eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion auf Durchführung der Straßenumbenennungen, die Regulierung der Hafenbeide, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Ausfallstraßen und Aufstellung eines Feuerwehlers im Ortsteil Budom. Daß die Hafenbeide immer noch nicht ausgebaut werden kann, liegt an einem Teil der Hausbesitzer, die erst durch Enteignung zur Herabgabe des Straßensandes gezwungen werden müssen. Bis jetzt waren die Verhandlungen der Versammlung ruhig verlaufen. Das änderte sich mit einem Schlag, als die Kommunisten ihre Anträge auf Hilfe für die Erwerbslosen und Sozialrentner begründeten. Daß die ganze Geschichte nur Mache war, ergab sich aus den Ausführungen des kommunistischen Redners, der erst noch einen Zusatzantrag stellen mußte, weil die Fraktion einfach wegessen hatte, über die Hälfte der Unterstützungsbedürftigen mit aufzuführen. Auch mit anderen falschen Zahlen wurde operiert. Schon seit Tagen waren die Erwerbslosen bearbeitet worden, damit sie vor dem Rathaus demonstrieren. Aber trotz schärfer Agitation hatten sich noch keine 100 Erwerbslosen eingestellt. Was besonders auffiel, war, daß unter diesen Agitationsopfern nur halbwüchsige Burschen zu sehen waren, die unklaren Redner, den Genossen Gehrete, der über die Not der Erwerbslosen sprach, mit den gemeinsten Schimpfwörtern besetzten. Schon jetzt ist die Möglichkeit der Hilfe durch die Wohlfahrtsvorsteher gegeben, aber darum kümmern sich die Kommunisten nicht. Als der Dozent des Wohlfahrtsamts, Genosse Schneider, sie darauf aufmerksam machte, daß im Bezirk Tempelhof, wo ihr Parteifreund amtiert, nach der Statistik die niedrigsten Unterstützungen gezahlt werden, da gab es eifriges Schwelgen. Unsere Fraktion stimmte den Anträgen zu, bis auf Absatz IV, der Erweiterung der Beiräte bei den Wohlfahrtsämtern um je zwei Vertreter der Erwerbslosen verlangte. Nach Ablehnung dieses Antrages setzte ein ohenbetäubender Lärm auf dem Tribünen ein. Der neugewählte Vorsteher verließ seinen Platz und verlegte damit die

TEUERE SCHUHE SIND NICHT IMMER GUT
GUTE SCHUHE SIND NICHT IMMER TEUER



MERCEDES SCHUHE
SIND SCHÖN GUT UND PREISWERT

Sitzung. Mit bewundernswürdiger Ruhe hatte Genosse Großmann immer wieder versucht, die Störenfriede zu beschwichtigen. Es half alles nichts. Sie wollten den neuen Vorsteher, den Sozialdemokraten, gleich an seinem ersten Sitzungstage zu Polizeimahnahmen zwingen. Das ist vorbelagungen, weil er Kinder vor dem Gefängnis bewahren wollte. Nach zehn Minuten konnte der Vorsteher die Sitzung wieder eröffnen. Ein demokratischer Antrag verlangte energische Führung von Verhandlungen, um das Gelände der Schiedsplätze an der Hasenheide bald als Volkspark zu erschließen. Nachdem Genosse Gärtner daran erinnert hatte, daß die sozialdemokratische Fraktion schon vor Jahren mehrere ähnliche Anträge gestellt hat, gab Bürgermeister Genosse Scholz die Versicherung ab, daß das Bezirksamt alles tun werde, um diese Forderungen bald erfüllen zu können. Eine eigenartige Rolle spielte der kommunistische Medizinrat Dr. Schminde bei einer Anfrage unserer Fraktion über den Vorfall in der Badeanstalt Ganghoferstraße, wo am 9. November eine Schülerin im Alter von neun Jahren erkrankt. Genosse Grabe übte Kritik daran, daß es der Stadtrat nicht für nötig befunden habe, die Deputation, die am 13. November tagte, zu unterrichten. Daß in seinem Dezernat noch verschiedenes faul ist, bewies er an einer der Verfassungen vorgelegten Benachrichtigung von einem Todesfall im Pflegeheim. Auf einem gewöhnlichen Blockzettel wurde die traurige Nachricht den Angehörigen übermittelt. Der kommunistische Medizinrat, der sonst immer sehr energisch sein kann, wollte dem Bürgermeister Genossen Scholz die Beantwortung der Anfrage aufzwingen. Als der aber höflich dankte, murmelte er zunächst irgend etwas, gab dann eine genaue Darstellung des Vorfalls und stellte fest, daß ein Verschulden des Aufsichtspersonals nicht vorliegt. Die Anfrage über den Vorfall im Pflegeheim schien er überhört zu haben. Nur die späte Stunde rettete ihn vor der Beantwortung der Besprechung. Hoffen wir, daß der schweigsame Herr bis zur nächsten Sitzung die Sprache wiedergefunden hat.

Die Sozialdemokratie in der Reichsregierung.

Ueber die Aufgaben der Partei in der Reichsregierung sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Auhäuser in einer außerordentlich gut besuchten Mitgliederversammlung des Vereins Schöneberg, in der Schulstraße in der Feuerstraße. Die Sozialdemokratie ist, so führte er aus, zu einer Zeit in die Regierung eingetreten, die starke Spannungen zwischen Arbeiter und Kapitalisten zeigte. Die Arbeit der sozialdemokratischen Minister stößt auf starke Widerstände. Die Volkspartei hat noch nie so deutlich, wie in der letzten Zeit zu erkennen gegeben, daß sie Beschützerin des Großkapitals ist. Die Durchführung sozialer Einrichtungen, die Anerkennung des 11. August als Nationalfeiertag sind gescheitert an der Einstellung der Koalitionsparteien. Die Sozialdemokratie wird im Parlament immer wieder ihre Forderungen erheben, die sie im Interesse der Arbeiterklasse und Republik für notwendig hält. Unser Parteivorstand Otto Wels hat von der Tribüne des Parlaments ausgesprochen, was Millionen Arbeiter denken. Er hat eine Rede gehalten, die an die beste Zeit der Sozialdemokratie erinnerte. Schärfe Kritik fordern die Reden des Zentrums und der Demokraten heraus. Lemmer und Wirth haben von einer Krise des Parlamentarismus gesprochen. Wir wollen kein Parlament, das sofort, wenn ein Minister mit dem Rücktritt droht, auf eine eigene Willensäußerung verzichtet. Das wäre ein „belemmerter“ Parlamentarismus. Die Sozialdemokratie hat getreu ihren Grundsätzen die Behebung des sozialen Elends für weit wichtiger erachtet, als die Hergabe von Staatsmitteln für den Bau eines Panzerkreuzers. Sie ist in die Regierung gegangen, weil sie glaubt, dort am besten für die Arbeiterklasse eintreten zu können. Der Kampf der Ruhr-Industriellen richtet sich vor allem gegen den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister, der mit Recht die Forderungen der Arbeitgeber zurückwies. Wie wichtig die Mitarbeit der Sozialdemokratie in der

Regierung sein kann, hat die Preußenregierung gezeigt. Die ohne über die Zwangsarbeiten der Bedienstetenfrage zu stolpern, für die Ausgesperrten gesorgt hat. Gegen den Nachwillen der Unternehmer muß die Staatsautorität eingegriffen werden. Das Reich hat es in der Hand durch Suspension der Eisenwerke und wenn das nicht hilft, eventuell durch Enteignung der Schlüsselindustrien Deutschland vor großen wirtschaftlichen Schäden zu retten. Die Sozialdemokratie ist für Mitarbeit in der Regierung, aber nur dann, wenn klare und bestimmte Mindestforderungen aufgestellt sind. An das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine lebendige Aussprache.

Ruhrkonflikt, Panzerkreuzer, Reichstag. Mitgliederversammlung in Lichtenberg.

Ueber Ruhrkonflikt, Panzerkreuzer und Reichstag sprach Genosse Bille, M. d. R. in der Mitgliederversammlung des 17. Kreises. Er ging in seinem Referat auf die Ursachen des Ruhrkampfes ein und schilderte die einzelnen Stadien dieses Kampfes, der eine Auflehnung gegen die Staatsautorität, ein Klassenkampf des Unternehmertums im größten Ausmaße ist. Er kennzeichnet die Forderung der SPD. nach Aufhebung des Schiedsgerichtsverfahrens. Bemerkenswert ist, daß auf Grund der Reichstagsbeschlüsse zum ersten Male Staatsmittel zugunsten der Arbeiter in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum verwendet werden. Der Redner schilderte dann die im „Vorwärts“ eingehend wiedergegebenen Vorgänge anlässlich der Abstimmung über den Panzerkreuzer, die Bewilligung der zweiten Rate für den Bau des Panzerkreuzers wird natürlich neue Schwierigkeiten bringen. Eine Frage ist es, wie sich Sozialisten als Minister verhalten sollen, wenn der Behrät zur Beratung steht. Das ist eine Frage, die im Augenblick nicht zu entscheiden ist. Bei der jetzt aktuell gewordenen Umbildung der Regierung werden wir bestimmte Forderungen zu stellen haben. Niemand aber wird fordern können, daß wir jetzt aus der Regierung austreten. Nicht nur bei der Beratung des Entwurfes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz werden wir uns vor eine Reihe sozialpolitischer Probleme gestellt sehen. Der Beschluß der Reichsregierung vom 10. August war gewiß zunächst eine schwere Belastung für die Partei, die Partei aber hat sie allmählich überstanden, weil ein einheitlicher Wille vorhanden war. Die Parteigenossenschaft ist bei der Überwindung der Krise richtunggebend gewesen und ihre Kraft muß in Zukunft auch bei allen wichtigen Fragen maßgebend sein. Nach kurzer Diskussion, an der sich die Genossen Judrian und Ortmann beteiligten, schloß Genosse Thurn die ausgezeichnet verlaufene Versammlung.

Bannerweihe im 20. Kreis.

Zu einer recht eindrucksvollen Veranstaltung stellte sich die Kreisbannerweihe des 20. Kreises am 24. November in den Hubertus-Festhallen in Schönholz. Damit verbunden war die Ehrung der Parteijubilare. Musikalische Darbietungen und Kampflieder des Männerchors Reinickendorf sowie Rezitationen und Szenen aus Toller's „Hoppla, wir leben“ verschönten die Feier. Der Präsident des Landesarbeitsamtes, Genosse Paul Brühl, hielt die Weiberede. Delegationen der Kreisbannerlametadischen und einiger Abteilungen überreichten Fahnenstücke. Genosse Weiser ehrte die 103 Jubilare des Kreises, die 25 Jahre und darüber, ja einige bereits über 40 Jahre lang treu der Partei gedient haben, durch eine zu Herzen gehende Ansprache. Genosse Leid sprach den Dank der Jubilare aus. Er gehört bereits 43 Jahre der Partei an. Mut, Geist und Disziplin seien weiterhin notwendig, und jederzeit werden unsere Akten mit der Jugend gemeinsam roten und roten. Genosse Lorenzen dankte allen Erschienenen als Kreisvorsitzender und das geistliche Beisammensein hielt die aus dem weitverbreiteten Kreis zahlreich Erschienenen noch lange in bester Stimmung zusammen.

Die Geschäftsräume des Preussischen Katasteramtes Berlin-Wilmersdorf, das die Ortsbezirke Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald und Grunewald-Fort umfaßt, werden am 1. Dezember dieses Jahres von Berlin-Wilmersdorf, Westfälische Straße 89, nach Berlin W. 35, Potsdamer Straße 108 II, verlegt.

Sein 50jähriges Angelegenheits-Jubiläum feiert am 1. Dezember Herr Adolf Gellhorn, Hallesche Straße 7. In treuer Pflichterfüllung ist er während seiner ununterbrochenen bei der Firma Dr. Hermann Weidner, Flugstr. 8 (D 1 Norden 819), tätig. Gellhorn feiert er an demselben Tage in Gemeinschaft mit seiner Gattin seinen 49jährigen Hochzeitstag.

Jubiläum. Am heutigen 9. November feiert der Kantor Herr Leo Stangenberg sein 50jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Georg Müller, Bergstraße 10, Berlin W. 7, Dortheenstr. 6.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachr. verb.). Eintritt und später Regenfälle. Langsamere Temperaturerhöhung. — Für Deutschland: Im Süden mäßig bis heiler mit Nachfröhen, im Norden Übergang zu trübem Wetter mit Niederschlägen und anhaltenden Temperaturen.

Erweiterungsbau Joseph & Co.

Das Neuföhner Kaufhaus Joseph & Co. ist im letzten Halbjahre um ein ganz beträchtliches Stück gewachsen. Der nacheinander fertiggestellte Erweiterungsbau in der Berliner Straße, der am gestrigen Tage Vertretern der Bezirksbehörden und der Presse gezeigt wurde, stellt das Bild eines allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Großkaufhauses dar. Durch bedeutende Raumvermehrung — in fünf Stockwerken wurden je 1000 Quadratmeter angebaut — erfolgte eine vollständige Neugestaltung der gesamten Innenräume und im modernen Stil gerader, schlichter Linienführung präsentieren sich jetzt die ganz bedeutend vergrößerten Abteilungen. Eiche, Mahagoni und wertvolle exotische Hölzer wurden zur Ausgestaltung der Räume verwendet. Ganz besonders schön wirkt die matte Silberdecke des neu eingerichteten bedeutend vergrößerten Erfrischungsraumes mit indirekter Deckenbeleuchtung (Kronbeleuchtung) und der geschmackvoll eingerichtete Lichthof in lauffähigem Parkettboden. Hier neue Schnellfahrstühle neben den bereits bestehenden und zwei Rolltreppen sorgen für ein lebendiges Verkehrsleben. Eine neue Schaufenster — die ganze Schaufensterfront umfaßt jetzt 26 Fenster — bereichern die Ausstellung der Waren um ein beträchtliches. Die Freude der Hausfrauen wird die schmucke, neu eingerichtete Lebensmittelabteilung bilden. Fleisch und Wurstwaren aus eigener Schlächtereier und Wurstfabrik, Backwaren aus eigenem Konditoreibetrieb präsentieren sich dem Kunden. Am laufenden Bande wird die Ware dem Käufer auf schnellstem Wege überreicht. An technischen Neueinrichtungen sind die in den Kochbetrieben und in der Kucherei befindlichen von der Städtischen Gaswerke H. G. angelegten Koch-, Back-, Wärme- und Rühreranlagen hervorzuheben. Das Verkaufspersonal wurde um 300 Kräfte vermehrt und umfaßt jetzt ungefähr 700 Personen.

„Grammophon“ — „Die Stimme meines Herzens“. Diese Schallplatten-Aufnahmen aus der Grammophon-„Grammophon“ bringen jedem Musikfreund das was er wünscht. Bekannte Solos und Sängerinnen, Instrumental-Virtuosen von Welt, weltbekannte Pianisten und Orchester, Chöre, Tanzorchester, hören Sie in voller Reife auf „Grammophon“. Mit diesem Repertoire lassen sich die verschiedensten Unterhaltungsbedürfnisse im eigenen Heim befriedigen.

Das „Kino-Theater „Schaubühne“, Neuföhren, Knechtstr. 112, führt unter neuer Leitung. Das Theater ist gut besetzt. Den Spielplan finden unsere Leser jeden Freitag und Sonntag in der „Kultur“.

Die Firma Julius Fabian, Sozialhaus für elegante Herren- und Damenmoden, Große Frankfurter Str. 37, und Schöneberg, Hauptstr. 136, hat zum bevorstehenden Weihnachtverlauf ihr reichhaltiges Lager in fertiger Herren- und Damenmode mit den neuesten Modellen ausverkauft. Ganz besonders wird auf die Abfertigung „Anfertigung nach Maß“ hingewiesen, in der nur gute Stoffe mit besten Zutaten verarbeitet werden. Die Firma, die besonders auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken kann, hat sich durch ihre Redlichkeit und Leistungsfähigkeit einen großen Kundenkreis erworben, und am 1. Oktober d. J. zur Feier ihrer 50jährigen im Besten ein Zweiggeschäft in Schönholz, Hauptstr. 136 I. Stock, eröffnet. Es empfiehlt sich, einen unverbindlichen Besuch abzugeben.

Billige, aber gute Mäntel!

So sind die Preise für die guten Qualitäten:

Winter-Ulster moderne Form, karierte Muster M. 55.-, 48.-	39.-
Winter-Ulster vielartige Must. mit Steppfutter M. 85.-, 75.-	68.-
Winter-Ulster ganz besonders feine Stoffarten M. 125.-, 110.-	98.-
Winter-Paletots 1- oder 2-reihige Machart M. 72.-, 58.-	42.-
Winter-Paletots in marango und schwarz, mit Satinelle oder K'Selde gefüttert, M. 125.-, 110.-, 98.-	85.-
Herren-Rock-Paletots aus gutem Melton, sehr kleidsam M. 140.-, 125.-, 110.-, 98.-, 85.-, 75.-, 65.-	58.-
Ulster für junge Herren fasche 2-reihige Form, mit Ringgurt M. 74.-, 62.-, 48.-, 35.-	29.-



Erders & Dyckhoff
 Gertraudenstr. 8-9 An der Patrikirche
 Zweig-Geschäfte: Hamburg — Bremen — Köln a. Rh.

KONSUM-GENOSSENSCHAFT BERLIN u. UMGEGEND E. G. M. B. H.

Konsum-Fleischwaren:

Schweinefleisch aus eigener Schlachtung.	Frisches Rindfleisch aus eigener Schlachtung.
Rückenfett Pfd. 1.10	Schmorfleisch o. Kn. Pfd. 1.15
Kotelett Pfd. 1.35	Roastbeef Pfd. 1.05
Schinken im Ganzen Pfd. 1.13	Suppenfleisch Pfd. 0.65
Schulterblatt Pfd. 1.13	Gehacktes Pfd. 0.70

Kalb- u. Hammelfleisch in bester Qualität

Gefrierfleisch	Geflügel
Schmorfleisch o. Kn. Pfd. 1.—	Holl. Kapaune Pfd. 1.25
Roastbeef Pfd. 0.85	Suppenhühner Pfd. 1.25
Fehrippe Pfd. 0.75	Enten Pfd. 1.35
Querrippe Pfd. 0.55	Oderbrucher Gänse Pfd. 1.15-1.25
Suppenfleisch Pfd. 0.50	

Die Abgabe der Waren erfolgt in der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend nur an Mitglieder.

Die Mitgliedschaft kann von jedermann erworben werden.



Aufnahmegebühr 50 Pfennig

Mitglieder-Aufnahmen werden in sämtlichen 260 Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft vollzogen.